

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Carl Neubauer
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Hauptstadt-Dresden
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich einmaliger Lieferung monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M., halbjährlich 46,50 M., jährlich 93,00 M. Einmalige Anzeigen-Preise. Die einseitige 37 mm breite Zeile 2,50 M. bei Familienangehörigen. Einzelnen unter Stellen- u. Wohnungsanzeigen, 1 Spalte 25 u. 20 M. bei 25 % Vorzugsgebühr laut Tarif. Auswärtige Zusätze gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 40 Pf.

Druck und Verlag von Carl Neubauer in Dresden.
Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Druck nur mit deutscher Qualitätsfarbe („Dresdner Farbe“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Wer fährt und expediert Reisepäck und Expressgut von und nach den Personen-Bahnhöfen Dresdens? — besorgt Fahrkarten zu allen Zügen? — besorgt dem reisenden Publikum Autos?

Wer versichert von Haus zu Haus zu vorteilhaftesten Bedingungen? — übernimmt am Hauptbahnhof und Neustädter Bahnhof Einstellung von Fahrrädern und Gepäckstücken? — erledigt alles prompt und zuverlässig?

Expres- und Gepäckfahrt

Dresden-A., Hauptbahnhof — Fernruf 18323, 19884
Geschäftszeit: 7 Uhr früh bis 11 Uhr nachts. Sonntags: 7 Uhr früh bis 1 Uhr mittags

Amtliche
G. m. b. H.

Dresden-N., im Personen-Bahnhof — Fernruf (18323)
Geschäftszeit: 7 Uhr früh bis 5 Uhr abends. Sonntags: 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags

Lima rot der Duft der Dame
blau der Duft des Herrn

FLASCHE: 12,00-25,00
4,50-6,00

Parfümerie Paul Schwarzlose
Dresden-A. Schloßstr. 13

Rücktritt des preußischen Kabinetts.

Das Fehlschlagen der Koalitions-Erweiterung.

Berlin, 1. Nov. Der amtliche preussische Pressedienst meldet: Das preussische Staatsministerium hat dem Präsidenten des Landtags seinen Rücktritt angezeigt. Das Staatsministerium ist zu diesem Entschluß gelangt, nachdem alle Bemühungen des Ministerpräsidenten auf Umbildung des Kabinetts und um eine neue Regierung zu schaffen, die sich auf weite Kreise des preussischen Volkes stützt, fehlschlagen sind. In Anbetracht der wirtschaftlichen und politischen Anforderungen, die die nächste Zukunft an die Staatsleitung stellen wird, und geleitet von dem Wunsch, Festigkeit und gesicherte Regierungsverhältnisse in Preußen zu schaffen, will das Staatsministerium dem Landtag die völlige Bewegungsfreiheit zurückgeben. Es ist anzunehmen, daß der Rücktritt veranlaßt worden ist durch einen Beschluß der Landtagsfraktion der Demokratischen Partei, worin es heißt, daß ihre Mitglieder aus der letzten Regierung zurücktreten, um freie Bahn zur Bildung einer transienten Regierung zu schaffen.

Der preussische Ministerpräsident Siegenwald ist ein überzeugter Anhänger der großen Koalition und hat während seiner Amtszeit mit allen Kräften darauf hingewirkt, sie zustande zu bringen. Von der Sozialdemokratie oftmals heftig zum Rücktritt gedrängt, erklärte er, er werde nicht eher von seinem Posten weichen, bis sein neues Kabinett fix und fertig sich dem Landtag vorstellen könne. Die insofern so wesentlich veränderte Lage im Reich, die nicht ohne Rückwirkung auf die preussischen Verhältnisse bleiben konnte, hat ihn nun aber doch veranlaßt, seinen bisher in Ehren behaupteten Platz zu verlassen und die weitere Entscheidung dem Landtag anzuvertrauen. Es ist ein schmerzliches Zeichen für unsere parlamentarischen Zustände, daß ein Mann von so zweifellos guten humanitären Qualitäten wie Siegenwald das Steuer des preussischen Staates in so bewegter Zeit nicht in der Hand behalten kann. Wenn es nun auch in Preußen ein Teufelschicksal zwischen Zentrum und Sozialdemokratie geben sollte, hätte keine deutsche Partei noch mehr Grund, an dem politischen Sinn des deutschen Volkes zu zweifeln, wie es Dr. Stresemann in seiner Karlsbrüder Rede in einer Polemik gegen den Reichstagsler ausgesprochen hat.

Severing für die große Koalition.

Breslau, 1. Nov. Am Sonntag sprach hier der ehemalige preussische Innenminister Severing über den politischen Kurs in Preußen und den Wiederaufbau Deutschlands. Er wies darauf hin, daß das Programm der jetzigen Regierung Siegenwald sich nur wenig von den Regierungsüberlegungen der früheren preussischen Koalitionsregierung, an der die Sozialdemokraten beteiligt waren, unterschied. Im Gegensatz zu den Worten liegen aber die Taten des Siegenwaldschen Kabinetts eine scharfe Wendung des Kurzes vor. Jetzt sei die Sozialdemokratie man an eine Umbildung der preussischen Regierung in allerhöchster Zeit denken müsse. Die Sozialdemokratie müsse sich an den Gedanken gewöhnen, gleichzeitig mit der Volkspartei in die preussische Regierung einzutreten. Gerade für die nächste Zeit händen in Preußen Fragen bevor, in denen ein Zusammengehen mit der Volkspartei möglich und notwendig sei. Außerdem drohe eine neue Welle der Arbeitslosigkeit. Auch hier dürfe für den Fall von Unruhen das wichtige Innenministerium nicht einer hinterlistigen Regierung überlassen bleiben. Es gelte für die Sozialdemokratie, im Interesse der deutschen Arbeiterschaft sich zur Verfügung zu stellen.

Eine ernste Wendung in den englisch-irischen Verhandlungen?

London, 1. Nov. Die Abendblätter melden, die irischen Verhandlungen hätten eine ernste Wendung angenommen. Ein Abbruch sei jedoch bisher nicht erfolgt. Heute vormittag wurde eine Sitzung des Ausschusses der irischen Kaufleute abgehalten, in der Lloyd George, Chamberlain und Lord Birkenhead, sowie auf irischer Seite Griffith und Collins teilnahmen. Eine weitere Sitzung des Ausschusses werde wahrscheinlich heute abend stattfinden. Nach der Zusammenkunft am Vormittag wurde ein Kabinettsrat abgehalten. In Regierungskreisen wurde erklärt, daß die englisch-irischen Verhandlungen während der letzten 24 Stunden ein außerordentliches Stadium erreicht hätten, daß wichtige Mitteilungen zwischen den Staatsdelegationen in London und de Valera gewechselt worden seien und daß de Valera den irischen Bevollmächtigten in London sehr genaue Mitteilungen erteilt habe. Wie weiter gemeindet wird, würden bei einem Abbruch der Verhandlungen neue Wahlen vorgenommen werden. Lloyd George soll alle Hoffnungen, am nächsten Freitag nach Washington reisen zu können, aufgeben und beschließen haben, daß Rand nicht zu verlassen, wenn die Gefahr eines neuen Bürgerkrieges in Irland nicht behoben werde. (wib.)

Einigung der Großen mit der Kleinen Entente über Ungarn.

Wien, 1. Nov. (Sonderberichterstattung.)
Paris, 1. Nov. Der britische Lord hat die schnellst erzielbare Klärung erklärt. Präsident Masaruk und Außenminister Benesch erklärten übereinstimmend, daß sie in vollem Einvernehmen mit der Großen Entente handeln wollen und die Befehle der Großen Entente erklären, daß die Großen Mächte ihrerseits ebenfalls nur im Einvernehmen mit der Kleinen Entente handeln wollen. Daraus folgt, daß die Kleine Entente es unterlassen wird, in Ungarn eine Sondermächte einzuschleusen. Es ist vielmehr eine Einigung in der Weise erzielt worden, daß die Kleine Entente das Benedikt-Abkommen anerkennt, wofür die Große Entente es übernimmt, die Abweisung Karls und der anderen habsburgischen Dynastie durchzuführen. Nach einer weiteren Meldung fordert die Vorkonferenz die Kleine Entente zur Demobilisierung auf.

Der Beschluß der Vorkonferenz.

Paris, 1. Nov. Die Vorkonferenz der Großen Mächte hat im Laufe der letzten Tage in Paris die Vorkonferenz der Großen Mächte abgehalten, um die von am 4. Februar des vorigen und 5. April dieses Jahres geforderte Abkehr aller Habsburger zu verlangen und daß den Hauptstaaten der Kleinen Entente von dieser Entscheidung Kenntnis gegeben werden soll, aus dem mit dem Vorkonferenz, den Frieden in Mitteleuropa auf Grund der Friedensverträge zu gewährleisten. (W. T. P.)

Die Legitimisten gegen die Entthronung König Karls.

Budapest, 1. Nov. Ministerpräsident Bethlen berichtet heute mit den Parteiführern, um dem Gesetzentwurf betr. die Absetzung der Habsburger eine Mehrheit zu verschaffen. Die parlamentarische Lage ist bisher noch sehr unklar. Während für die bloße Absetzung des Königs Karl eine große Mehrheit gesichert wäre, steht die Entthronung der großen Habsburger Dynastie auf großen Widerstand seitens der Legitimisten. Diese erklären, daß ein solches Gesetz nur unter dem Druck der Entente zustande kommen könne, und wollen bei der Abstimmung den Saal verlassen. Die Abstimmung des Gesetzes würde dann mit ungefähr 20 Stimmen mit der Partei der Kleinen Landwirte erfolgen. Da aber die Legitimisten für den Fall der Entthronung der Habsburger mit ihrer scharfen Opposition drohen, wäre keine parlamentarische Basis für eine Regierung vorhanden. Die Vorkonferenz der Christlich-nationalen Partei erklären, daß sie sich lieber auf den republikanischen Standpunkt stellen wollen, als dem Prinzip der freien Königswahl zuzustimmen.

Der Standpunkt der ungarischen Regierung.

Budapest, 1. Nov. Pressevertreter teilte Ministerpräsident Graf Bethlen über den Standpunkt der ungarischen Regierung mit. Die ungarische Regierung trenne die Frage des ungarischen Königtums prinzipiell von der habsburgischen Frage. Während die Frage des Königtums eine rein innere Angelegenheit Ungarns sei, bei der keine Einmischung gebührt werden könne, habe die Habsburger Frage in einem gewissen Zusammenhang mit den internationalen Problemen. Diese Frage müsse daher von diesem Gesichtspunkt aus bewertet und entschieden werden. Alle Verhandlungen mit Karl seien nun endgültig gescheitert. Karl werde heute nach Danabrook abtransportiert werden, wo das englische Kreuzschiff „Blouvoorn“ ihn aufnehmen werde. Die Entthronung müsse nun durch die Nationalversammlung erfolgen.

Der Abtransport des Königspaares.

Budapest, 1. Nov. Wie die Blätter melden, hat der Sonderzug, der König Karl zu dem englischen Konsulboot zu bringen hatte, heute um 5 Uhr morgens die Station Vatacsek verlassen. Vor dem Aussteigen fuhr er mit Militär bedienter Sonderzug und hinter dem Aussteigen fuhr gleichfalls ein mit Bewaffneten gesicherter Sonderzug. Die Abreise erfolgte bei der Donaubrücke zwischen Vatacsek und Vata. Der König fuhr in einem Boot, der ihm zu dem englischen Konsulboot brachte. Die ganze Umgebung war von Militär stark besetzt. Dem „Fischer Boot“ zufolge hat eine förmliche Übergabe des Königs an die Entente nicht stattgefunden. Die Regierung sei, wie das Blatt erklärt, gar nicht in die Lage gekommen, den König der Entente zu übergeben, da diese in Libana bereits selbst durch einige höhere Offiziere die Verwahrung des Königs besetzt hatte. Der Minister des Auswärtigen Graf Benko hat heute vormittag vom englischen Botschafter in Kenntnis gesetzt, daß nach der Mitteilung des Kommandanten der Donauflottille in Buda Königs Karl und die Königin Rita sich an Bord des englischen Bootes auf der Fahrt nach der unteren Donau befinden. (W. T. P.)

Die Kinder Kaiser Karls.

Berlin, 1. Nov. Für die in der Schweiz zurückgebliebenen fünf Kinder des österreichischen Kaiserpaars hat sich die Kaiserin Maria Theresia geborene Prinzessin von Braunschweig beim Präsidenten der schweizerischen Bundeskonvention verhandelt. Der Präsident verweigert die Rückgabe der fünf Kinder bis zur Ausgabe neuer Verordnungen der Kaiserin Maria Theresia zu unterzeichnen.

Der Bankrott der bolschewistischen Wirtschaft.

Eine aufsehenerregende Meldung aus London weist zu berichten, daß die Moskauer Regierung sich entschlossen habe, die russischen Schulden aus der Zeit vor dem Kriege anzuerkennen. Man ist erkrankt; Rußland, das Rubel-scheine in Höhe von zehn Millionen bergeweise drucken läßt, dessen Papiergeldstücken so wertlos sind, daß sie an keiner Börse der Welt mehr gehandelt werden, erklärt sich bereit, Milliarden Geides, die die zaristische Regierung vornehmlich in Frankreich, Amerika und England schuldig geblieben ist, anzuerkennen; ja nicht nur das; Wenn man dem Inhalt der beigelegenen Londoner Meldung Glauben schenken darf, beabsichtigen die Moskauer Männer sogar in Erwägung zu ziehen, wie diese Millionensummen bezahlt werden können. Schließen sie doch der englischen Regierung eine internationale Konferenz vor, auf der diese russischen Vorkriegsschulden gewissermaßen das Hauptthema abgeben sollen. Wo liegt hier der Schlüssel zu des Rätsels Lösung? Eine kleine unauffällige Bemerkung im Ansatze der Sowjets an England scheint ihn zu enthalten. „Angesichts der verhungerten Massen Rußlands...“ entschließen sich die Gewalttäter im Kreml dazu, ein letztes, allerletztes Mittel zu versuchen, das Rußland zu versöhnen und seine so dringend notwendige Hilfeleistung zu erlangen. Die vorgeschlagene internationale Konferenz, die Anerkennung und Rückzahlung der russischen Vorkriegsschulden sind dabei eitel Spielgesellschaften; sie sollen nur den Willen schwächen machen, der den Finanzern noch selbst kräftigen Händen ausgeht. Rußland kann, wenn es nicht in voller Barbarei untergehen will, seinen Schritt weiter auf dem beschrittenen Wege tun, es braucht die feindliche Ausland, es braucht die Welt, deren es spotten zu können meinte. Es ist Bankrott bis in das letzte entlegene Abzweigende der Welt hinein. Das ist das Bekenntnis, das aus der Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden spricht. Rußland, das dieses Bekenntnis noch immer in ein arrogantes verschleierte Wortgebebe gekleidet ist; wie Gleiches mit Gleichem sprechen die Verbrecher an der Kama und an der Moskwa mit den Vertretern der Westmächte, tun als ob sie etwas zu bieten hätten, das ihren Ansprüchen gleichwertig wäre und können doch nicht für die Verzehrung von einer Million Goldrubel einstehen! Es ist dieselbe Taktik, die Lenin seit dem immer offenkundiger werdenden Zusammenbruch der russischen Wirtschaft den eigenen Leuten und den politisch noch interessierten Kreisen seines Volkes gegenüber anzuwenden pflegt und deren Falschheit und Verlogenheit in einem einzigen Beispiel nur erläutert zu werden braucht.

Um die Mitte des vorigen Monats taute in Moskau eine Konferenz der russischen Propagandabüro in An- und Ausland, denen Lenin Vorträge über gewisse neue Agitationsmethoden zuteil werden ließ. Bei dieser Gelegenheit leitete der russische Despot seine Ausführungen mit der fälschlichen Versicherung ein, die Sowjetmacht wäre zu einer neuen Wirtschaftsform übergegangen, die manche der verkommenen kommunistischen Gebräuche übernehme und zwar aus dem Grunde, weil sie sich überzogen habe, daß dem bisher betätigten „reinen Kommunismus“ vorbereitende Perioden der Registrierung und der Kontrolle, oder wie es eine andere Lesart der Leninschen Rede ausgedrückt beliebt, „eine sozialistische Periode“ vorangehen müsse. Nach diesen einleitenden Wendungen befestigte sich der rote Zar zwar ein wenig, deutlicher zu werden, sprach von „schwerer Niederlage“ und „strategischem Rückzug“, konnte aber doch nicht umhin, die Gründe des russischen Verfalls mit einer neuen Lage zu überleuchten und über die Frage der Urschuld, der eigenen Schuld, somit geistlich hinwegzuleiten. Er erklärte, die Niederlage in Wirtschaft und Politik sei erfolgt, weil die ausführenden Organe nicht imstande waren, die Pläne der leitenden Stellen zu erfüllen, und weil diese Organe nicht die Steigerung der produktiven Kräfte vornehmen konnten, die für die Gesundung Rußlands unbedingt erforderlich sei. Was ist's mit diesen andreschellen Erklärungen? Ein Phrasenschwanz, hinter dem genau so viel ehrliche Lügenhaftigkeit steht, wie hinter dem Ansatze der Schuld-anerkennung, ein kampfloser Umarmungsversuch des eigenen Verbrechens, der Dinge natürlich erscheinen lassen will, die nur durch frevelhafte Gewaltakte ins Leben gerufen wurden und die nun den Untergang der größten europäischen Nation herbeiführt haben. Es wäre ein Leichtes, die Beweiskraft des allmächtigen Moskauer Sachverständigen zu widerlegen. So sehr er die Hand darüber gehalten hat, daß die Wahrheit über Rußland nicht in die breite europäische Öffentlichkeit dringt, so wenig ist es ihm gelungen, alle Zeugnisse der bolschewistischen Schandherrschaft zurückzudrängen und zu den zuverlässigsten Zeugnissen dieser Art gehört eine Stimme, deren Glaubhaftigkeit und Gründlichkeit außer allem Zweifel steht.

Es sind die Ausführungen des Professor Kullischer, Privatdozenten an der Petersburger Universität, die im-